

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postkonten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigen-Teil: Edward Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rüchlingen Platz 2.

Inserte für die viergespaltene Beizzeile oder deren Raum 1 M.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Versammlungsanzeigen 30 Pf.

Jahresrückblick.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Die Anfang
November ausgebrochene Revolution und die gleichzeitig
durch den Abbruch des Waffenstillstandes erfolgte Beendi-
gung des Krieges haben aber eine so durchgreifende Umdeu-
tung der seitherigen Zustände herbeigeführt, daß uns alles,
was dahinter liegt, wie in einem grauen Nebel erscheint.
Wenn man sich der einzelnen Vorgänge erinnert, dann
wundert man sich fast, daß uns erst wenige Monate von
ihnen trennen. Zu Beginn des Jahres durfte man noch leise
Hoffnungen auf die schnelle Beendigung des Krieges durch
einen Rechtsfrieden hegen. In Vrest-Litowsk hatte
man sich über die Grundlagen der Friedensverhandlungen
verständigt. Alle kriegführenden Nationen waren dadurch
eingeladen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, die
zum allgemeinen Frieden führen sollten. Am 4. Januar
war die gestellte Frist abgelaufen. Sie blieb unbenutzt, und
in der Folge wurde der berühmte Friedensvertrag mit
Rusland und später der mit Rumänien in Bukarest abge-
schlossen. Deutschland hatte mit der gepanzerten Faust auf
den Tisch geschlagen und den Machtfrieden diktiert,
unter dessen Folgen wir jetzt so schwer zu leiden haben.

Damals stand Deutschland militärisch anscheinend auf
dem Gipfel seiner Macht. Die Militärlisten hatten Ober-
wasser. Die Vaterlandspartei, in der sich die Re-
aktionäre aller Richtungen, die Kriegsgewinnler, die Wucherer
und alle Nutznießer des Krieges zusammengefunden hatten,
entfaltete eine lärmende Agitation. Phantastische Kriegs-
glorie wurden aufgestellt und mit Eifer propagiert, die weil
das Volk, das sich nach Frieden sehnte, bittere Not und
Hungert litt. Ein Menekel für die Herrschenden war der
Ausbruch des Massenstreiks in Österreich, dem bald, Ende
Januar, der Massenstreik in Deutschland folgte. Der
Ausgang dieses Kampfes war eine Niederlage für die Ar-
beiterschaft. Sie wäre vielleicht vermieden worden, wenn
größerer Wert auf die Einigkeit und die Disziplinierung der
Arbeitermassen gelegt worden wäre. Aber noch saß der
Militarismus fest im Sattel, und die zunächst erfolgreiche
Frühjahrsoffensive verstärkte seine Position.

Aber dann kam der Umschlag. Der Generalstabschef
Ludendorff, der als Diktator in Deutschland herrschte,
mußte erkennen, daß er ein verlorenes Spiel spielte. Auf
seinem eigensten Gebiet, der Kriegführung, hatte er nicht
mehr gutzumachende Fehler begangen. Er hatte sich über
die Stärke der Feinde getäuscht, und als ihm die Wahrheit
offenbar wurde, drängte er zu dem übereilten Waffen-
stillstandsangebot, das schließlich zu dem Ende mit
Schreden führte.

In der Heimat hatten sich inzwischen die Verhältnisse
immer schärfer zugespitzt. Die Reichsregierung unter der
Leitung des Grafen Hertling war nur eine Kulisse für die
Ludendorffsche Diktatur. Die zugesagten Reformen im In-
nern erwiesen sich als Halbrheiten. Die Beratung der Wahl-
rechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus war
eine fortgesetzte Fechtprobe des deutschen Volkes, aber
der Regierung schickte es an Mut und Kraft, um mit der er-
forderlichen Energie dazwischenzufahren. War schon die
Regierungsvorlage für das preussische Wahlrecht ein durch-
aus unzulängliches Nachwerk, so wurde es von den Kraut-
und Schlotjünnern im Abgeordnetenhaus vollends verhunzt.
Über die Regierung schaute dem bössartigen Spiel mit
Lohnseduld zu. Sie brachte die Vorlage an das Herren-
haus und stellte sich an, als habe sie sich der Erwartung hin,
dass diesem Distelstrauch noch Feigen ernten zu können. Im
letzten Augenblick zeigten sich übrigens die Herrenhäuser merk-
würdig gefügig, aber da brannte ihnen auch schon das Feuer
auf den Nägeln, und die widerwillige Nachgiebigkeit konnte
bei uns Rollen getummelte Lawine nicht mehr aufhalten.

Als die Notwendigkeit eingetreten war, mit der größten
Beschleunigung zum Waffenstillstand zu kommen, da begann
das alte System das Sterbegelächeln zu lächeln. In die
Stelle des Reichstanzlers Hertling trat für kurze Zeit die
demokratische Regierung des Prinzen Max. Zum ersten
Male traten Vertreter der Sozialdemokratischen
Partei in die Regierung ein. Die Männer, die man
noch vor wenigen Jahren in Acht und Bann getan hatte,
mußte man nun zur Zeit der höchsten Not rufen, um das
hängende Reich zu retten. Die Partei stand, ähnlich wie am
1. August 1914, vor einer schwierigen Entscheidung. Die
deutsche Nation sollte die schuldige Treue war das
Moment, welches den Entschluß zur Übernahme des dornen-
vollen Amtes entscheidend beeinflusste. Die Dinge hatten
sich inzwischen so gestaltet, daß ohne die Teilnahme der So-
zialdemokratie eine Regierung in Deutschland unmöglich
war. In der kurzen Zeit der Reichstanzlerschaft des Prinzen
Max haben die Sozialdemokraten in der Regierung die Dinge
schon beinahe in die Hand genommen, daß der gewaltige Um-
schwung am 9. November allgemein als die selbstverständliche Lösung be-
trachtet wurde.

Die sozialpolitischen Leistungen hat das alte Re-
gime in den letzten Jahre seiner Herrschaft kaum etwas Hervor-
ragendes zutage gefördert. Die Abschaffung des § 153
des Gewerbeordnung ist als bedeutender Erfolg ge-
achtet worden. Nicht mit Unrecht. Seine Bedeutung lag

aber hauptsächlich darin, daß er als Anzeichen für eine be-
vorstehende Umänderung des gewerblichen Arbeiterrechts be-
trachtet wurde. Vor dem Kriege hatte diese Gesetzesbestim-
mung eine höchst unheilvolle Rolle gespielt. Die Gestaltung
der Dinge während des Krieges hatte ihre Bedeutung herab-
gemindert. Der § 153 war gewissermaßen nur noch zum
drohenden Finger geworden. Seine Beseitigung lenkte aber
die Aufmerksamkeit um so schärfer auf die Mangelhaf-
tigkeit des gesamten Arbeiterrechts. Eine
gründliche Revision war in Aussicht gestellt. Ob sie ohne
die Revolution gekommen wäre? Das läßt sich schwer be-
urteilen. Die Vermutung, daß das alte Regime es nach
einem gewonnenen Kriege bei einer Scheinreform hätte be-
wenden lassen, wenn man überhaupt an eine Einlösung der
in der Not gegebenen Versprechungen gegangen wäre, hat
manches für sich.

Darauf deutet auch die Erfahrung hin, die man mit dem
Arbeitskammergesetz gemacht hat. Die in dieser
wie in anderen sozialpolitischen Fragen schon seit längerer
Zeit gemeinsamen operierenden Gewerkschaftsleitungen der ver-
schiedenen Richtungen hatten sich auf einen Gesetzentwurf
verständigt, von dem begründete Hoffnung bestand, daß er
von der Regierung akzeptiert werden würde. Diese Hoff-
nung wurde getäuscht, und als es zur Beratung in der Reichs-
tagskommission kam, da war sehr bald der Konflikt da. Die
Regierung folgte ihrer alten Neigung, den Wünschen der
Schwachmacher in Arbeiterfragen mehr Gehör zu
schenken als denen der Arbeiter. Die Dinge lagen schließlich
so, daß mit dem Steckenbleiben des Arbeitskammergesetzent-
wurfs gerechnet werden mußte.

Die Revolution hat nun mit all dem Unrat und Unrat
vergängerer Tage gründlich aufgeräumt. Schon vor ihrem
Ausbruch hat sich ein Verkehr zwischen den Gewerk-
schaftszentralen und den Vertretern der
Großindustrie angebahnt, die vorher den Gewerk-
schaften streng ablehnend gegenüberstanden. Die Frucht
dieses Verkehrs war das Abkommen vom 15. No-
vember und in der weiteren Folge die Gründung der
Arbeitsgemeinschaft, deren Sitzungen wir in der
vorliegenden Nummer abdrucken. Man darf nun hoffen,
daß sich der Austrag von Meinungsverschiedenheiten zwischen
Unternehmern und Arbeitern in angenehmeren Formen ab-
spielen wird, als es früher der Fall war. Doch wollen wir
den Tag nicht vor dem Abend loben. Noch befinden wir uns
in den Flitterwochen der Revolution, und man muß ab-
warten, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn sich
die Zustände konsolidiert haben.

Für unsern Verband war das Jahr 1918 ein Ju-
bäumjahr. Wir haben um die Mitte des Jahres das
25jährige Jubiläum der Organisation gefeiert und dabei der
vor 50 Jahren erfolgten Gründung der ersten gewerkschaft-
lichen Zentralorganisation der Holzarbeiter gedacht. Den
Zeitverhältnissen entsprechend hielten sich die Jubiläum-
feiern in bescheidenem Rahmen. Jedenfalls durften wir
über das Feiern von Festen keinen Augenblick die ernste Ar-
beit vergessen. Kurz vor dem Ende des Jahres 1917 hat der
Verband seine große Finanzreform beschlossen; am
1. Januar ist die Neuordnung in Kraft getreten. Es geht
sich finanziell zu rüsten, um dem starken Ansturm an die
Gassen gewachsen zu sein, der bei der Rückkehr der im Felde
stehenden Kollegen zu erwarten war. Inzwischen hat die
Demobilisierung begonnen, und sie muß mit einer Schnellig-
keit durchgeführt werden, die man früher nicht in Rechnung
gestellt hat. Die Arbeitslosigkeit hat schon einen
großen Umfang angenommen. Noch hat man keinen völligen
Ueberblick, aber es muß mit einem starken Anlaß für un-
sere Klassen gerechnet werden.

Der Hauptzweck der Umänderung unseres Beitrags- und
Unterstützungswesens war die Hilfe für die kommenden
Wintermonate. Hierzu wollten wir unsere Kräfte stärken. Zur
Kampferüstung gehört aber auch ein geschlossenes Meer. Er-
freulicherweise kann festgestellt werden, daß die Zahl der
Verbandsmitglieder das ganze Jahr hindurch un-
ausgesetzt gewachsen ist, und daß insbesondere auch
die Zahl der weiblichen Mitglieder eine sehr ansehnliche
Zunahme erfahren hat. Die Führung von Pohlmann war
war, wie während der ganzen Kriegszeit, auch im abge-
laufenen Jahre durch behördliche Maßnahmen sehr erschwert,
trotzdem waren, wie die später erscheinende Streikstatistik aus-
weisen wird, Zahl und Umfang der Lohnkämpfe im Jahre
1918 weit größer als in dem in dieser Hinsicht schon recht
lebhaften Jahre 1917.

Der Zweck unserer Organisation ist aber nicht, worauf
immer wieder hingewiesen werden muß, die Führung von
Lohnkämpfen, sondern die Erzielung gesunder Ar-
beitsbedingungen. Wo dieser Zweck auf friedlichem
Wege erreicht werden kann, da ziehen wir diesen Weg vor.
Er ist im Jahre 1918 recht häufig beschritten worden. Im
Grund der Abmachung vom November 1917 sind am 15. Fe-
bruar und am 1. April neue Tarifverträge in Kraft
getreten. Diese Zulagen erwiesen sich aber angesichts
der fortgesetzten rapid steigenden Preise für alle Lebensbedürfnisse
als unzureichend. Das mußten auch die Unternehmer
anerkennen. Abdingungssträuben sie sich bei den im
August 1918 in Nürnberg geführten Ver-

handlungen auf das bestmögliche, die von unserer Städte-
konferenz in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen in
vollem Umfang zu bewilligen. Die am 2. September in
Berlin abgehaltene Städtekonferenz hat schließlich
der in Nürnberg getroffenen Vereinbarung zugestimmt.

Die zweite Rate der damals bewilligten Zulage mit 10 Pf.
für die männlichen, mit 5 Pf. für die weiblichen und jugend-
lichen Arbeiter in allen Orten ist am 1. Dezember in Kraft
getreten; ziemlich gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der
Bereinerung zwischen den Zentralen der Unternehmer- und
Arbeiterorganisation vom 15. November. Diese Verein-
barung hat auch den Achtstundentag ohne Lohnkürzung
gebracht. Bei dem System unserer Tarifverträge ist eine
glatte Umrechnung des seitherigen Stunden-
lohns nicht möglich, das wird auch von der Leitung des
Arbeitgeber-Schutzverbandes anerkannt, doch haben sich die
Unternehmer noch nicht entschließen können, den von unserer
Verbandsleitung unterbreiteten Vorschlägen für eine Neu-
regelung der Löhne auf Grund der jetzt gegebenen Verhält-
nisse zuzustimmen. Hierüber wird das Tarifamt ent-
scheiden, das noch vor Jahreschluß zu einer Sitzung zu-
sammentritt.

Das Tarifamt für das Holzgewerbe ist eine
Errungenschaft der neuesten Zeit. Der Plan dafür ist schon
lange erwogen worden, und seit den Verhandlungen in
Nürnberg im August 1918 wurde ernsthaft an seiner Ver-
wirklichung gearbeitet. Wir wollen hoffen, daß es sich als
eine arbeitsfähige Körperschaft erweist, die nutzbringende
Arbeit für das Gewerbe leistet. Was ein Tarifamt bei
einigem guten Willen leisten kann, haben wir im Korb-
machergewerbe gesehen. Dort ist es gelungen, Ordnung in
die Geschloßherzeugung zu bringen. In neuerer Zeit ist
das Tarifamt für das Korbmachergewerbe
dabei, die ungleich schwierigere Aufgabe der Regelung der
Friedensarbeit in Angriff zu nehmen, und wir wollen hoffen,
daß es ihm gelingt, das Korbmachergewerbe auf eine ge-
sunde Grundlage zu stellen.

Den Umstand, daß das Sägewerbe in den letzten
Jahren vorwiegend mit Seeresaustragen beschäftigt war, hat
unsere Verbandsleitung beunruhigt, zunächst in Bayern und,
dem dort gegebenen Beispiel folgend, auch in anderen Teilen
des Reiches unter Vermittlung der Militärbehörden eine
Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Im ab-
gelaufenen Jahre sind die getroffenen Abmachungen wieder-
holt, den Zeitverhältnissen entsprechend, revidiert worden.
Nunmehr wird es eine wichtige Aufgabe der Beteiligten sein,
auf der gewonnenen Grundlage für die Friedensarbeit
weiterzubauen. Auch in den sonstigen Zweigen des Gewerbes
hat unser Verband, wie seither, so auch im abgelaufenen
Jahre, fortgesetzt an der Verbesserung der Lage der Kollegen-
schaft gearbeitet.

Die letzten Wochen haben für den Abschluß von
Tarifverträgen eine Hochkonjunktur gebracht. Das
mehrfache erwählte Abkommen vom 15. November steht den
Abschluß von Kollektivvereinbarungen zur Regelung der Ar-
beitsbedingungen vor. In Verfolg dieser Vereinbarung
ist der Verbandsvorstand in Verbindung mit den Vertretern
der Kollegen aus den einzelnen Branchen zurzeit eifrig dabei,
Tarifverträge auch mit solchen Unternehmerverbänden ab-
zuschließen, die bisher der vertraglichen Regelung der Ar-
beitsbedingungen grundsätzlich widerstrebt haben. In einer
angesehen Reihe von Spezialzweigen des Holzgewerbes schwächen
augenblicklich Verhandlungen über deren Ergebnisse wir
fortlaufend in der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichten.

Ueberblicken wir die Tätigkeit unseres Verbandes im ab-
gelaufenen Jahre, dann dürfen wir mit Befriedigung eine
große Reihe wertvoller Errungenschaften
wahren. Aber dennoch kann am Jahreschluß keine rechte
Freude aufkommen. Mit unserm gesamten Wirtschaftsleben
befindet sich auch die Holzindustrie in einer schweren
Krise. Nachdem durch den langen Krieg unser Land auf
das äußerste ausgelassen wurde, ist das deutsche Wirtschafts-
leben durch den unglücklichen Ausgang des Weltkriegens
in einen Abgrund gedrückt, dessen Tiefe sich noch gar nicht
ermessen läßt. Wir haben wohl die politische Freiheit er-
zungen; die Monarchie ist gestürzt und der Volksstaat ist an
die Stelle des Obristenstaates getreten, wir sind aber gleich-
zeitig in die schwerste wirtschaftliche Anstrenge geraten.

Bedauernd ist es, daß man sich auch in Arbeitkreisen
vielfach der sträflichen Lage noch gar nicht bewußt
ist, in der wir uns befinden. Der eindringliche Ruf des
Vollbeauftragten „An die deutschen Arbeiter“,
den wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken, spricht
eine berechtigte Ermahnung. Und das schärfste ist, daß er ohne
Ueberrückung die Wahrheit sagt. Wollen wir, daß dieser
Ruf nicht ungehört verhallt, so muß sich jeder, nach
seinen Kräften das drohende Katastrophen entgegenzuwirken.
Es darf nicht dazu kommen, daß die Er-
rungenschaften der Revolution verloren gehen, daß die Arbeit
in ein Trümmertal verwallt ist. Mit Sorgen treten
wir an die Schwelle des neuen Jahres. Wir wollen hoffen,
daß die deutsche Arbeiterschaft die Kraft findet, der ungeheuren Gefahr, die uns
droht, erfolgreich zu trotzen.

Soziales.

An die deutschen Arbeiter.

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Vergeht nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgezogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenutzt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangeln. Drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns auflädt.

Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten, Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben, und das, was unweigerlich auf Bürgerkrieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, verflucht sich an seinem Volk und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verhängt. Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt, und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisern; sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk retten hilft. Keiner darf sich jetzt darauf versteifen, an dem Ort zu bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Verunsicherung der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unserer sozialistischen Republik.

Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Der Rat der Volksbeauftragten.

gez.: Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Am 19. Januar wird gewählt!

Der Reichstagsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember in Berlin zusammentrat, hat manche unerfreulichen Momente erlebt. Hierzu gehören insbesondere auch die wiederholten Versuche, die Verhandlungen des Kongresses durch unbedingte Eingriffe zu stören. Wir wollen auf die Beratungen im einzelnen hier nicht näher eingehen und nur den Beschluß registrieren, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht erst, wie ursprünglich bekanntgegeben, am 16. Februar, sondern schon am 19. Januar vorgenommen werden. Diese Verlegung des Wahltermins ist hoch erreglich. Damit wird die Zeit der Unsicherheit und Unklarheit abgekürzt und wir kommen um so schneller zu geordneten Zuständen.

Das ist aber auch dringend notwendig. Seit Beginn der Revolution ist lebhafte über den Wert oder Unwert der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte diskutiert worden. Die Meinungen sind sehr geteilt und fast von den schlichten Verhältnissen beeinflusst. Im Augenblick ist es noch nicht möglich, sich ein Gesamtbild zu machen. Es muß aber anerkannt werden, daß die Räte an sehr vielen Stellen äußerst wertvolle Arbeit im Interesse der Gesamtheit geleistet haben. Darüber wird aber wenig gesprochen und geschrieben. Um so mehr hält man sich über vereinzelte Mängel und Auslassungen auf, die stark übertrieben und zur Destruktion des ganzen Systems benutzt werden.

Für Sicherung der Errungenschaften der Revolution ist vor allem eine starke Zentralgewalt notwendig. Den Männern, die von der Revolution auf die Höhe gelassen und zur Leitung der Reichsgeschäfte berufen wurden, fehlt es weder an gutem Willen noch an den Fähigkeiten; diese können aber nicht in wünschenswertem Maße entfaltet werden, weil das herrschende System notwendig zu Demagogie und Redewort führt, die den Gang der Geschäfte lähmen. Von der Nationalversammlung ist zu erwarten, daß sie ein gutes Arbeiten des Regierungsaapparats sichern wird.

Der Beschluß, die Wahlen auf den technisch möglichen nächsten Termin zu verschieben, bedeutet einen Sieg der Demokratie über die Diktatur. Jetzt leben wir unter dem Zustand der Diktatur. Das muß in den Kopf geworfen werden, weil es bei einer Revolution nicht zu verzweifeln ist. Der Zustand, daß die Diktatur nicht in einer Hand zusammengefaßt, sondern auf viele Köpfe verteilt ist, wirkt noch erschwerend. Nun hat sich der Reichstagsrat mit überaus großer Mäßigkeit für die rasche Einberufung der Nationalversammlung erklärt und damit zum Ausdruck gebracht, daß in Deutschland fürberühmter Billie des ganzen Volkes nachstehend sein soll. Nicht der Wille von Parteiführern und Parteigängern, sondern der Wille der Mehrheit des Volkes soll die Gestaltung unserer künftigen Einrichtungen bestimmen.

Die Nationalversammlung wird am 19. Januar von dem Rat der Volksbeauftragten einberufen. Der Rat der Volksbeauftragten wird es sein, die Grundgesetze für die deutsche Republik festzusetzen. Wir haben die höchste Verantwortung, daß die Nationalversammlung eine so wichtige Aufgabe nicht scheitern läßt, und daß dementsprechend die in der Reichstagsratung sozialistischen Geist ammen wird. Die Zeit für die Wahlvorbe-

reitungen ist knapp, das hat aber in dieser politisch erregten Zeit wenig zu bedeuten. Rationell werden die wenigen Wochen, die uns noch vom Wahltermin trennen, von allen Parteien gründlich für die Agitation ausgenutzt werden, aber die große Mehrheit des Volkes, soweit sie nicht bewußt auf dem Boden der Sozialdemokratie steht, neigt schon rein gefühlsmäßig zum Sozialismus, und tatsächlich zeigt uns nur der Sozialismus einen Ausweg aus dem Elend, in das uns die seitherige Klassenherrschaft gebracht hat. Deshalb sehen wir den Wahlen zur Nationalversammlung hoffnungsfreudig entgegen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf unsere Bekanntmachung in voriger Nummer betreffend Wahl eines Sekretärs des Verbandsvorstandes machen wir hiermit nochmals aufmerksam. Bewerbungen sind bis zum 18. Januar an den Verbandsvorstand einzureichen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 52. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

In Batschkau (Gau Breslau), Tangerhütte (Gau Magdeburg), Biesdorf (Gau Düsseldorf), Münchberg (Gau Nürnberg), Altenstadt (Gau München) und Appenweier (Gau Stuttgart) wurden neue Jahressellen gegründet.

Die während des Krieges eingegangenen Jahressellen Konstanz, Güsten, Schlottheim, Lanuroda, Ziegenzitz, Biehl, Demmin, Markneukirchen, Dören, Euskirchen und Ahrensburg sind wiedereröffnet.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 8243 (Jgbl.) Willy Kühn, Hilfsarb., geb. 15. 2. 01 zu Hildburghausen.
- 10512 Joh. Gollmar, Tschl., geb. 14. 4. 78 zu Cserenosos.
- 22237 Friedr. Dreihaupt, Tschl., 24. 12. 74 zu Föhrendorf.
- 94972 Herm. Menzer, Tschl., geb. 23. 5. 70 zu Vorfham.
- 96167 Fritz Hübsmann, Tschl., geb. 6. 7. 70 zu Salzweil.
- 129218 Th. Rungmann, Tschl., geb. 3. 6. 74 zu Tarnstadt.
- 106304 Wilh. Merting, Tschl., geb. 28. 1. 83 zu Paganz.
- 248879 Leop. Köhler, Ristenm., geb. 10. 10. 88 zu Bremen.
- 255572 Wilh. Marquardt, Modelltschl., 23. 88 zu Al. Culatorf.
- 274083 Otto Lehmann, Tschl., geb. 24. 2. 80 zu Gassen.
- 320730 Leonh. Wenzel, Tschl., geb. 15. 11. 82 zu Hannover.
- 339823 Paul Wichmann, Tschl., geb. 30. 10. 83 zu Wüstrow.
- 350421 Gottl. Groß, Tschl., geb. 21. 10. 82 zu Wabzhelm.
- 372442 Alfred Haupt, Tschl., geb. 16. 12. 89 zu Langendlo.
- 372970 Wilh. Rasch, Tschl., geb. 27. 10. 89 zu Doyerswerda.
- 388389 Rob. Wuzlar, Stodarb., geb. 3. 6. 88 zu Warschau.
- 423600 Karl Semann, Tschl., 14. 11. 91 zu Kaiserslautern.
- 422871 Alb. Mittelstädt, Tschl., geb. 19. 12. 90 zu Schönlanke.
- 451762 Reinh. Diebel, Tschl., geb. 5. 1. 88 zu Gröbtschen.
- 492220 Andreas Löber, Berg., geb. 22. 2. 85 zu Cichenberg.
- 435420 Wilh. Flegler, Tschl., geb. 26. 3. 91 zu Rölln.
- 509011 Eduard Wende, Tschl., geb. 18. 6. 94 zu Lehrte.
- 511563 Max Neumann, Tschl., geb. 26. 1. 91 zu Döbbschütz.
- 519028 Wilh. Beckamp, Tschl., geb. 14. 9. 92 zu Herford.
- 523880 Ernst Diebemann, Tschl., geb. 19. 7. 72 zu Ohmen.
- 536790 Josef Louis, Tschl., geb. 28. 2. 83 zu Coblenz.
- 537192 Herm. Nehls, Tschl., geb. 3. 4. 82 zu Wittstod.
- 539240 Wilh. Reimers, Tschl., geb. 21. 11. 91 zu Heide.
- 577467 Paul Müller, Stellm., geb. 28. 7. 88 zu Bruchstädt.
- 589768 Moie Jura, Tschl., geb. 21. 6. 77 zu Wilma.
- 605430 Nidel Alojas, Holzarb., geb. 18. 8. 83 zu Wittkötten.
- 609373 Alb. Bettin, Tschl., geb. 15. 6. 89 zu Sorstow.
- 630275 Emil Guffig, Tschl., geb. 31. 5. 63 zu Bärzdorf.
- 632828 Heinrich Fride, Stellm., geb. 2. 10. 87 zu Springe.
- 644992 Paul Reuber, Pol., geb. 13. 10. 90 zu Wesel.
- 645323 Rich. Kratowald, Tschl., geb. 26. 4. 93 zu Tilsit.
- 650841 Fritz Galtze, Tschl., geb. 11. 11. 94 zu Guben.
- 656392 Carl Wuttmann, Tschl., geb. 31. 5. 93 zu Hamburg.
- 655700 R. Schöbel, Tschl., geb. 1. 11. 83 zu Hermannsdorf.
- 671878 Friedolin Schulte, Modelltschl., 31. 7. 96 zu Vinden.
- 680836 Wilh. Schulz, Holzarb., geb. 3. 5. 93 zu Splittet.
- 683287 Ernst Hahn, Tschl., geb. 5. 7. 90 zu Ribbichsee.
- 684850 Heinz Behrmann, Tschl., 21. 5. 91 zu Delmenhorst.
- 723615 Adolf Kirbis, Tschl., geb. 13. 7. 72 zu Castebräu.
- 734855 Herm. Jersch, Tschl., geb. 14. 7. 52 zu Alendorf.
- 751525 Rud. Blathius, Tschl., geb. 22. 9. 58 zu Hordburg.
- 757294 Ludw. Gohart, Holzarb., 1. 3. 1900 zu Fuchsberg.
- 763538 Frieda Ella Wunkel, Arb., 30. 11. 88 zu Kammendorf.
- 790753 Hedwig Berginski, Korbl., geb. 16. 7. 82 zu Lepzig.
- 791460 Carl Lindner, Tschl., geb. 3. 4. 91 zu Peinersdorf.
- 792712 Max Paul Häntel, Holzarb., 13. 4. 94 zu Schwarzengbers.
- 797248 Gertrud Grisebauer, Bleistiftarb., 6. 2. 03 zu Nürnberg.
- 813738 Alois Spitzberger, Säger, geb. 4. 6. 89 zu Hals.
- 816590 Eugen Best, Tschl., geb. 15. 2. 89 zu Konradsmalde.
- 823244 Max Keunen, Tschl., geb. 21. 12. 60 zu Krefeld.
- 829827 Joh. Wels, Hilfsarb., geb. 25. 10. 75 zu Ellburg.
- 833173 Erno Fischmann, Korbl., geb. 20. 5. 97 zu Altona.
- 843258 Ang. Dürerhoff, Holzarb., 5. 3. 1900 zu Oberkassel.

Berlin G. 16, Im Köpenicker Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Schwabach. In unserer Mitgliederversammlung am 12. Dezember wurden Arbeiter- und Lohnfragen behandelt, ferner wurde auch das Nachtragskapitel von Seiten uns aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder einer scharfen Kritik unterzogen. Jedoch einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder der Jahressellen Schwabach finden, nachdem sie durch den Militarismus und den Kapitalismus arbeitslos geworden sind, es als Schmälerung ihrer Rechte, daß sie nicht sofort als gleichberechtigte Mitglieder bei ihrer Rückkehr be-

handelt werden. Sie erheben dagegen Protest und hoffen, daß die Sache dem Hauptvorstand zur nachmaligen Beratung übergeben wird. Da die Feldsoldaten sich sonst mit den veränderten Verhältnissen abfinden müssen, glaube ich, daß es nicht ungünstig ist, daß hier ein Ausnahmestatus geschaffen wird.

Anmerkung der Redaktion: Zur Beurteilung dieses Protestes ist es notwendig, einige Tatsachen im Zusammenhang zu rufen. Die Reichskonferenz der Städtevertreter am 6. und 7. November 1917 hat eine Vorlage beraten und beschlossen, die dann in der Urabstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Diese Vorlage enthielt u. a. folgenden Punkt:

10. Nach erfolgter Annahme durch die Urabstimmung treten die neuen Wochenbeiträge und die damit verbundenen Änderungen am 1. Januar 1918, die erhöhten Unterstellungen am 1. Juli 1918 in Kraft. Solange das in unterliegenden Mitgliedern noch keine 26 neuen Wochenbeiträge entrichtet hat, bleiben für dasselbe die alten Unterstellungsätze in Geltung. Nach geleisteten 26 neuen Beiträgen wird die ganze seitherige Mitgliedschaft dauer angerechnet.

Die nach Beendigung des Krieges und nach erfolgter Demobilisation des Heeres zurückkehrenden Mitglieder erfüllen die Karenzzeit für die erhöhten Unterstellungen, sobald sie 13 neue Wochenbeiträge entrichtet haben.

Das besagt, daß zum Bezug der Unterstützung nach dem neuen Satzen im allgemeinen eine Karenzzeit von 26 Wochen erforderlich ist, den Kriegsteilnehmern ist aber der Vorzug eingeräumt, daß sie schon nach Leistung von 13 neuen Wochenbeiträgen in den Genuss der höheren Unterstellungsätze gelangen. Es handelt sich also nicht um eine Schmälerung ihrer Rechte, sondern um eine ihnen gewährte Vergünstigung. Allerdings tritt praktisch eine Ungleichheit ein, da die vor dem Kriege gewährten Zuschläge aus den Vorkassan in Fortfall gekommen sind. Die aus dem Felde zurückgekehrten arbeitslosen Mitglieder erhalten somit nur die Unterstellungsätze nach dem alten Statut auf die Dauer von 7 Wochen, während die auf Grund des neuen Statuts rechtsberechtigten Kollegen Anspruch auf die neuen Unterstellungsätze auf die Dauer von 13 Wochen haben. Diese Frage ist aber auf der Reichskonferenz eingehend erörtert worden. Das in der Nr. 46, Jahrgang 1917 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Protokoll der Reichskonferenz sagt darüber:

Dem zweiten Absatz der Ziffer 10 beantragt Herr (Eberfeld), den Kriegsteilnehmern die höheren Unterstellungsätze vom Tage der Entlassung an zu gewähren.

Reipart: Wir müssen damit rechnen, daß nach Beendigung des Krieges die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang annehmen wird. Die Zustände, die wir bei Kriegsausbruch erlebt haben, können sich wiederholen. Sollte das eintreten, dann würden wir nicht einmal die alten Sätze zahlen können. Wir wollen nicht mehr versprechen, als wir halten können. Die aus dem Felde Zurückkehrenden sollen die alten Sätze der Arbeitslosenunterstützung sofort und ohne Karenzzeit erhalten, die erhöhten Sätze können wir ihnen aber erst nach einer Karenzzeit von 13 Wochen gewähren. Sie sind damit immer noch besser gestellt als die anderen Mitglieder, für welche die Karenzzeit 26 Wochen beträgt.

Gericke (Leipzig): Die Kollegen haben zum Teil Gehalt in die Vorkassan gezahlt, dafür muß ihnen ein Ausgleich geboten werden.

Euch (Hamburg): Für die Zurückkehrenden muß das Reich sorgen. Dafür muß auch unsere Organisation mit aller Entschiedenheit eintreten.

Sora (Eberfeld): Die Gegenseite werden sich erheben, wenn mit der Auszahlung begonnen ist und die Zurückkehrenden mit geringeren Sätzen abgefunden werden müssen. Jedenfalls muß ein Ausweg gefunden werden, um eine niedrigere Unterstützung zu vermeiden.

Blede (Hamburg): Die Kommission hat erwoogen, daß Staat und Gemeinde die Entlassenen unterstützen müssen. Wir dürfen ihnen diese Last nicht abnehmen, indem wir hohe Unterstellungen zahlen. Diese wären eine starke Belastung für uns, aber eine Entlastung der öffentlichen Kassen. Die Zurückkehrenden können die alten Unterstellungsätze ohne Karenzzeit erhalten. Sie haben den weiteren Vorteil, daß sie schon nach 13 Wochen die höchsten Unterstellungen erhalten.

Der Antrag Horn wird abgelehnt.

Der Beschluß ist also von der Reichskonferenz nach reiflicher Überlegung gefaßt und durch die Urabstimmung bestätigt worden. Ob bei dieser Sachlage der Vorstand berechtigt ist, eine anderweitige Regelung herbeizuführen, darf bezweifelt werden, ganz abgesehen von der finanziellen Tragweite, die eine im Sinne der Schwabacher Kollegen getroffene Änderung haben würde.

Qualenbrück. (Eine Tarifgemeinschaft in der Buchdruckindustrie.) Seit Jahren sind schon im Buchdruckergewerbe Bestrebungen zur Schaffung eines Reichsterritoriums vorhanden. Das Beispiel der Korbmacher kann uns vorbildlich sein. Auch dort waren die Bemühungen lange vergeblich, aber während des Krieges ist doch mit Hilfe des geschlossenen Tarifs Wertvolles geleistet worden. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat mit großem Erfolg für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen in den einzelnen Branchen des Holzgewerbes gewirkt. Wenn im Buchdruckergewerbe nicht das erreicht werden könnte, was wir gewünscht hätten, so lag das zum großen Teil an der mangelhaften Organisation der Kollegenchaft. Das muß aber jetzt anders werden. Wir haben nunmehr die Initiative ergriffen und den Buchdruckfabrikanten Forderungen gestellt, bei welchen uns der Gedanke eines Reichsterritoriums vorlebte. Es ist aber dringend notwendig, daß sich die Kollegen in ganz Deutschland für diese Bewegung interessieren. In den Verbandsvorstand wählen wir das Ersuchen, welche die notwendigen Schritte zur Schaffung eines Reichsterritoriums zu unternehmen. Über die Kollegen im Reich dürfen wir nicht untätig bleiben. Sinein in die Organisation, das muß jetzt die Lösung sein.

Unsere Lohnbewegung.

Vertragsverhandlungen in der Klavierindustrie.

Am 2. Dezember haben Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Klavierfabrikanten und unserm Deutschen Holzarbeiter-Verband stattgefunden, an welchen unsererseits Vertreter des Verbandsvorstandes, der Zentralkommission sowie der Kollegen aus Berlin, Dresden, Leipzig, Reiz, Braunschweig und Hamburg teilnahmen. Hierbei wurden den Unternehmern die nachstehenden Forderungen unterbreitet:

Mindestlöhne.

Die Mindestlöhne betragen folgend:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
für Facharbeiter . . .	165	155	145	135	125	115 Pf.
für Hilfsarbeiter . . .	140	132	124	116	108	100 Pf.
für Facharbeiterinnen . .	90	85	80	75	70	65 Pf.
für Hilfsarbeiterinnen . .	80	76	72	68	64	60 Pf.

Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pf. pro Stunde niedriger.

Alfordarbeit.

Die Stüchtlöhne für Alfordarbeit werden durch spezialisierte Alfordtarife in den einzelnen Betrieben zwischen dem Unternehmer und der Arbeiterschaft gemeinsam geregelt. Die einzelnen Stüchtlöhne sind für Arbeiter und Arbeiterinnen gleich und so zu bemessen, daß bei durchschnittlicher Leistung in der regelmäßigen Arbeitszeit ein Ueberverdienst nicht unter 15 Prozent über den Mindestlohn erzielt werden kann.

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
Arbeiter . . .	110	102	94	86	78	70 ML
Arbeiterinnen . . .	60	56	52	48	44	40 ML

Bei nichttarifierten Alfordarbeiten oder bei Lohnarbeiten sind diese Wochenverdienste den Alfordarbeitern garantiert.

Paritätische Regelung der Arbeitsvermittlung.

Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt, weil die Unternehmer der Meinung waren, daß die Bewilligung dieser Forderungen die Konkurrenzfähigkeit der Pianoforteindustrie auf dem Weltmarkt ernstlich bedrohen würde. Das Ergebnis der Aussprache wurde in der nachstehenden Erklärung festgelegt:

In der gemeinsamen Sitzung der Vertreter des Reichsverbandes der Klavierindustrie mit den Vertretern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes am 2. Dezember 1918 wurde von letzteren der Entwurf einer Lohnvereinbarung überreicht und zur Kenntnis genommen. Seitens der Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wurden die Forderungen eingehend begründet, während von den Vertretern der Arbeitgeber auf die ungemein ungünstigen Verhältnisse und Aussichten der Pianoforteindustrie hingewiesen wurde. Die Mitglieder des Reichsverbandes erklärten, nicht in der Lage zu sein, eine bindende Erklärung abgeben zu können. Sie halten eine genauere Beratung ihrer Mitglieder für durchaus notwendig, behalten sich die Entscheidung über die Höhe der Lohnsätze vor und verabreden eine neue Beratung mit dem Holzarbeiter-Verband zum 7. Januar 1919. Für die Zwischenzeit dürfen die jetzigen Alfordsätze nicht herabgesetzt werden, und es wird empfohlen, für neue Alfordvereinbarungen die vorgeschlagenen Lohnsätze zugrunde zu legen.

Der Verbandsvorstand hat die in Betracht kommenden Ortsverwaltungen von dem Stand der Dinge unterrichtet und sie ersucht, den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich mit der Sachlage zu beschäftigen und ihre Wünsche bis zum 3. Januar dem Vorstand zu unterbreiten, damit sie bei der Fortsetzung der Verhandlungen berücksichtigt werden können.

Tarifvertrag für die Stodindustrie.

Unserer Verbandsleitung ist es gelungen, auch für die Stodindustrie einen Tarifvertrag zu vereinbaren. An den am 16. und 17. Dezember in Berlin geführten Verhandlungen nahmen Vertreter unseres Verbandsvorstandes sowie der Kollegen in Berlin, Bürgel i. Th., Cassel, Köln, Hamburg, Meissen und Wald teil. Die Unternehmer waren durch Bevollmächtigte des Verbandes Deutscher Stodindustrieller (Sig. Cassel) vertreten. Der abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Zwischen dem Verband Deutscher Stodindustrieller (Sig. Cassel) und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband wird folgender Vertrag vereinbart:

Arbeitszeit.

1. Das Höchstmäß der täglichen Arbeitszeit wird für alle Orte und Betriebe der Stodbranche auf acht Stunden festgesetzt. Der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ist auch für Alfordarbeiter, vom Arbeitgeber zu tragen; Verdienstschmälerungen dürfen nicht stattfinden.

Tarifklassen.

2. Sämtliche Orte der Stodbranche werden in drei Tarifklassen mit abgestuften Arbeitslöhnen eingeteilt. Hiernach gehören zur

Klasse I: Darmen, Köln, Dresden, Frankfurt a. M., Leipzig, Nürnberg, Stuttgart.

Klasse II: Breslau, Cassel, Eberswalde, Gräfrath, Halle, Hattersheim, Peilbronn, Liegnitz, Magdeburg, Ohligs, Wald.

Klasse III: Bagreuth, Bürgel, Schweig, Friedrichsbrunn, Georgenthal, Grimma, Lorch, Meissen, Reutlingen, Sanderode, Zerbst.

3. Anträge von Arbeitgeber oder Arbeitnehmern auf Verlegung eines Ortes in eine andere Tarifklasse sind an die Vorstände der beiderseitigen Verbände zu richten.

Mindestlöhne.

4. Die Mindestlöhne betragen:

Tarifklasse	I	II	III
für Facharbeiter . . .	1,60	1,45	1,30 ML
für Arbeiterinnen . . .	1,00	0,80	0,70

5. Als Facharbeiter gelten alle gelernten Holzarbeiter, ferner alle angelernten Arbeiter, welche mindestens sechs

Monate in Betrieben der Stodbranche bei der Fabrikation von Stöcken beschäftigt waren.

6. Für anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt der Mindestlohn:

	Tarifklasse		
	I	II	III
a) Arbeiter			
in den ersten drei Monaten . .	100	85	70 Pf.
nach dreimonatiger Beschäftigung	130	115	100 "
b) Arbeiterinnen			
in den ersten drei Monaten . .	65	60	55 "
nach dreimonatiger Beschäftigung	75	70	65 "

7. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pf. pro Stunde niedriger.

8. Für die durch Alter oder Invalidität minderleistungsfähigen Arbeiter unterliegt die Festlegung des Lohnes der freien Vereinbarung.

Alfordarbeit.

9. Die Stüchtlöhne für Alfordarbeit werden durch spezialisierte Alfordtarife in den einzelnen Betrieben zwischen dem Unternehmer und der Arbeiterschaft gemeinsam geregelt. Die einzelnen Stüchtlöhne sind für Arbeiter und Arbeiterinnen gleich und so zu bemessen, daß bei durchschnittlicher Leistung in der regelmäßigen Arbeitszeit ein Ueberverdienst nicht unter 15 Prozent über den Mindestlohn erzielt werden kann.

10. Bei neuen Wählern und sonstigen nichttarifierten Alfordarbeiten oder bei Lohnarbeiten sind diese Verdienste den Alfordarbeitern garantiert.

Schlichtung von Streitigkeiten.

11. Streitigkeiten, die aus dieser Vereinbarung entstehen, werden durch die Verbände geregelt. Ist hierbei eine Einigung nicht zu erzielen, so kann das Tarifamt für das Holzgewerbe zur Entscheidung angerufen werden. In diesem Fall muß je ein Arbeitgeber- und Arbeitervertreter der Stodbranche als Beisitzer zum Tarifamt zugelassen werden.

Kriegsbeschädigte.

12. Kriegsbeschädigte haben Anspruch darauf, nach Beendigung des Stellverfahrens wieder in ihrem alten Betrieb in Beschäftigung zu treten. Ihre Entlohnung erfolgt bei Alfordarbeit nach den für alle übrigen Arbeiter geltenden Alfordätzen und Alfordtarifen. Lohnarbeiter sind, wenn ihre Verletzung sie an voller Arbeitsleistung hindert, ihren Leistungen entsprechend zu bezahlen. Eine geringere Entlohnung unter Berufung auf die dem Verletzten zuerkannte Rente ist unzulässig. Steigende Erwerbsfähigkeit ist durch entsprechende Erhöhung des Lohnes gebührend zu berücksichtigen.

Vertragsdauer.

13. Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1919 in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1919 mit einer gegenseitigen sechsmonatigen Kündigung. Erfolgt von keiner Seite die Kündigung, so behält der Vertrag jeweils ein weiteres Halbjahr Gültigkeit.

Berlin/Kassel, den 18. Dezember 1918.

Verband Deutscher Stodindustrieller.

gez.: Hans Wild.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

gez.: Adam Neumann.

Dieses Ergebnis der Vertragsverhandlungen ist den Kollegen in den in Betracht kommenden Zahlstellen zugesandt worden mit dem Ersuchen, dazu Stellung zu nehmen. Voraussichtlich dürfte es überall Zustimmung finden.

Blomberg. Seit Jahrzehnten haben die Blomberger Unternehmer in ihren Betrieben absolut geherrscht. Doch während des Krieges haben sie es verstanden, sich von den tollstüchtliden Zulagen zu drücken. Weil die Arbeiterschaft dem Verband noch nicht das nötige Interesse entgegenbrachte, ist ihnen dies verhältnismäßig leicht geworden. Daher auch die Tatsache, daß hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter anderen Orten zurückblieben. Intensive Agitation hat es aber zuwege gebracht, unsere Zahlstelle in einigen Wochen von 60 bis 70 auf etwa 200 Mitglieder zu bringen. Nunmehr konnten wir unsere Forderungen einreichen. Durch Vermittlung unseres Bürgermeisters fanden Verhandlungen statt, welche zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Der Achtstundentag mit Lohnausgleich wurde festgelegt. Der städtische Arbeitsnachweis wurde anerkannt, und als wichtigste Errungenschaft steht im Vertrage: „Der Deutsche Holzarbeiter-Verband wird als berufener Vertreter der Arbeiter anerkannt.“ An den Kollegen liegt es nun, diese Erfolge zu befestigen und auszubauen. Charakteristisch für unsere Unternehmer ist die Tatsache, daß die Firma Kamm u. Co. schon am Tage nach dem Vertragsabschluß an ihre Arbeiter das Ansinnen stellte, eine Stunde des Lohnausgleichs selber zu tragen. Den Kollegen möge dieser Vorfall eine Lehre und Warnung sein, nun aber auch alles einzusetzen, um auch noch den letzten Mann unserm Verbands zuzuführen. Auch hier soll man sehen, daß es uns Ernst ist mit der Wahrnehmung unserer berechtigten Interessen.

Aus der Holzindustrie.

Ein Gruß aus Rußland.

Dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist der folgende, vom 13. Dezember datierte, funkentelegraphisch übermittelte Gruß aus Moskau zugestellt worden:

An den Verband der Holzarbeiter Deutschlands.

Der erste allrussische Kongress der Holzarbeiter, der Kreis-, Gouvernements- und Distriktsorganisationen der Waldwirtschaft, der Fabrikkomitees und Wirtschaftsräte der Waldunternehmungen und der Waldarbeiterkartells sendet der wärmsten Gruß dem in der Waldwirtschaft und in der Holzindustrie beschäftigten Proletariat.

Der Kongress hofft, daß die Holzarbeiter Westeuropas als in dem gewerkschaftlichen Organisationsleben erfahrene und hochkultivierte Spezialisten alsbald auf den Ruf des

russischen Proletariats in der Sache des kommunistischen Aufbaues der Wirtschaft antworten werden.

Der Kongress findet, daß die feste Einigung der Produktionsgruppen unabhängig von Nationalität zu dem schnellen Vorwärtsschreiten der Technik der Produktion und zur baldigsten Lösung der durch den imperialistischen Krieg geschaffenen Krise in der Holzbearbeitungsindustrie beitragen wird und ruft deshalb die Genossen, die deutschen Holzarbeiter an, an den weiteren Versammlungen der russischen Holzarbeiter teilzunehmen.

Präsidium des Kongresses:

Scholnerowitsch, Kabanoff, Milowidoff, Berzoff, Pelikais.

Unser Verbandsvorstand erwidert die in diesem Funkenspruch geäußerten Gefühle brüderlicher Sympathie. Leider war es ihm nicht möglich, den Gruß auf dem gleichen Wege zu beantworten, da ihm Ort und Zeit des Kongresses nicht bekannt waren. Die Hoffnung ist aber berechtigt, daß wir die russischen Kollegen bald als Mitkämpfer in der internationalen Union der Holzarbeiter begrüßen können.

Die Holzindustrie in Petersburg.

eg. Die Nähe der Holzstoffgebiete, der starke Bedarf der Hauptstadt und auch die Ausfuhr nach dem Auslande hat in Petersburg schon sehr früh zu einer hohen Entwicklung der Holzindustrie geführt. Im Jahre 1800 waren daselbst 200 Unternehmungen dieser Art vorhanden, darunter 25 Holzjägemühlen, 145 Parkett- und Möbelfabriken, 15 Bilderrahmenfabriken und einige Kistenfabriken. Von 1890 bis 1914 hat sich zwar die Anzahl der Unternehmungen verringert, dafür hat sich eine Erschöpfung gezeigt, die überall auch sonst zu beobachten ist, der Umfang der einzelnen Unternehmungen hat sich um das Mehrfache vergrößert. Am 1. Januar 1914 waren in Petersburg 147 Unternehmungen in Betrieb, darunter 98 Holzjägemühlen, 20 Tischlerei- und Parkettfabriken, 13 Kistenfabriken usw. Es fällt auf, daß die Holzjägemühlen sich bedeutend vermehrt und die Tischlerei- und Parkettfabriken sich ganz erheblich vermindert haben. Das erstere beruht auf einer Erweiterung der Holzverarbeitung im Inlande, während früher die unbearbeiteten Stämme exportiert wurden. Das zweite ist auf die fortschreitende Konzentration der Betriebe zurückzuführen.

Der Krieg hatte in Petersburg überall, so auch in der Holzindustrie, gewaltige Umstellungen zur Folge. Alle Betriebe, die nicht im militärischen Interesse arbeiteten, wurden eingeschränkt. Dann kam die Revolution und damit auch ein beispielloser Niedergang der Petersburger Holzindustrie, sowohl was die Zahl der Unternehmungen als auch die Zahl der Arbeiter anbelangt. Es waren vorhanden:

Unternehmungen	Zahl der Unternehmungen		Zahl der Arbeiter	
	1917	1918	1917	1918
Kistenfabriken	18	10	1821	788
Holzjägemühlen	16	8	1576	867
Tischlereien, Parkett- u. Möbelfabriken	14	8	1184	494
Kistenfabriken	3	2	315	110
Bilderrahmenfabriken	3	3	60	39
	52	31	4956	2293

Danach ist die Zahl der Unternehmungen der Holzindustrie von 147 im Jahre 1914 auf 52 im Jahre 1917 und auf 31 im Jahre 1918 zurückgegangen. In der gesamten Holzindustrie Petersburgs waren im Jahre 1917 noch beschäftigt 4956 Arbeiter, im Jahre 1918 aber hatte sich ihre Zahl auf 2293 verringert. Auch in diesen Zahlen zeigt sich der unheilvolle Einfluß, den die bolschewistischen Praktiken in Rußland ausgeübt haben.

Gewerkschaftliches.

Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften.

Durch das Abkommen vom 15. November sind die Grundlagen für das Zusammenwirken zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter gelegt worden. Diese Grundlagen haben sehr bald eine Erweiterung erfahren. Es ist eine Arbeitsgemeinschaft errichtet worden, die sich nicht nur auf die Zeit der Uebergangswirtschaft beschränken, sondern auf die Dauer alle die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie alle sie betreffenden Angelegenheiten der Gesetzgebung und Verwaltung gemeinsam lösen will. Sie wird aufgebaut auf Fachgruppen und Untergruppen mit eigenen Vorständen und Ausschüssen, die ihre eigenen Fachangelegenheiten selbst regeln. Ein Zentralvorstand und ein Zentralkonferenz leitete das Ganze und erledigen die Fragen, die über den Bereich einer Fachgruppe hinausgehen und mehrere Fachgruppen betreffen. Der Zentralausschuß stellt das wirtschaftliche Parlament Deutschlands dar, in dem alle Industrien und Gewerbe als Fachgruppe durch ihre Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vertreten sind. Die Vertretung in allen Organen ist streng paritätisch. Die Kosten werden gemeinsam getragen. Ueber alle Einzelheiten gibt die nachstehend wiedergegebene Satzung Auskunft.

Satzung für die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Beschlossen in der Sitzung des vorläufigen Zentralvorstandes am 4. Dezember 1918.

Durchdringung von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges Zusammenarbeiten verlangt. Sollen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen.

§ 1. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltung Angelegenheiten.

§ 2. Die Organe der Arbeitsgemeinschaft sind:

1. der Zentralvorstand und der Zentralausschuss;
 2. die Fachgruppen mit Gruppenvorstand und -ausschuss;
 3. die Untergruppen mit Untergruppenvorstand und Untergruppenausschuss.
 § 3. Sämtliche Organe werden paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern gebildet, die beiderseits in getrennter Abstimmung gewählt werden.
 Die Vorsitzenden sind aus der Reihe der Mitglieder der Organe zu wählen.
 Der Vorsitz bleibt der Einigung innerhalb jedes Organs vorbehalten.
 § 4. Für jeden selbständigen Industrie- und Gewerbezweig kann eine Fachgruppe gebildet werden.
 Die Fachgruppe ist die zentrale Arbeitsgemeinschaft der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Industrie- oder Gewerbezweiges.
 Ihre Aufgabe besteht in der selbständigen Regelung der ihren Industriezweig betreffenden Fachfragen, und zwar unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Zentralvorstandes und des Zentralausschusses.
 In Angelegenheiten, die über das Gebiet der in der Fachgruppe vereinigten Industrie bzw. Gewerbes hinausgehen, haben die Fachgruppen das Recht, Anträge an den Zentralvorstand und an den Zentralausschuss zu richten.
 Die Fachgruppen bestimmen selbständig die Größe und Zusammensetzung ihres Vorstandes und Ausschusses sowie den Geschäftsgang.
 Dagegen entscheiden Sitzung und Beschlüsse des Zentralausschusses bzw. Zentralvorstandes über die Stärke der Vertretung der Fachgruppe im Zentralausschuss.
 Der Gruppenausschuss ist die Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Industrie- oder Gewerbezweiges.
 Der aus dem Gruppenausschuss zu wählende Gruppenvorstand führt die Beschlüsse des Gruppenausschusses aus.
 Der Gruppenvorstand ist zur Auslegung von Kollektivvereinbarungen und zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten berufen, soweit dies in den Kollektivvereinbarungen vorgesehen ist.
 Fachgruppen können sich zu Gruppenarbeitsgemeinschaften zusammenschließen.
 § 5. Innerhalb der Fachgruppen können auf sonderfachlicher, bezirkslicher oder örtlicher Grundlage Untergruppen gebildet werden.
 Die Untergruppe ist die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des industriellen oder gewerblichen Sonderzweiges oder des örtlich abgegrenzten Industriegebietes.
 Ihre Aufgabe besteht in der selbständigen Regelung der sonderfachlichen bzw. örtlichen Fragen unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Zentralvorstandes, des Zentralausschusses und der zentralen Fachgruppe.
 In allgemeinen Angelegenheiten des Industriezweiges haben die Untergruppen das Recht, Anträge an die Fachgruppe zu stellen.
 Die Untergruppen bestimmen selbständig die Größe und Zusammensetzung ihres Vorstandes und Ausschusses wie den Geschäftsgang.
 Dagegen entscheiden Sitzung und Beschlüsse der Fachgruppe über die Stärke der Vertretung der Untergruppe in der Fachgruppe.
 Der Untergruppenausschuss ist die Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des betreffenden indu-

striellen oder gewerblichen Sonderzweiges oder des örtlich abgegrenzten Industriegebietes.
 Der aus dem Untergruppenausschuss zu wählende Untergruppenvorstand führt die Beschlüsse des Untergruppenausschusses aus.
 Der Untergruppenvorstand ist zur Auslegung der Kollektivvereinbarungen und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten berufen, soweit dies in den Kollektivvereinbarungen vorgesehen ist.
 Untergruppen können sich bezirksweise zu Bezirksarbeitsgemeinschaften oder ortsweise zu Ortsarbeitsgemeinschaften zusammenschließen.
 § 6. Die Organe der Fachgruppen und Untergruppen werden durch die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gewählt, wobei für eine Vertretung der Minderheiten Sorge zu tragen ist.
 § 7. Der Zentralausschuss ist die Arbeitsgemeinschaft der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gesamten Industrie und des gesamten Gewerbes Deutschlands.
 Seine Aufgabe besteht in der Beratung und Regelung aller derjenigen Fragen, die sämtlichen Fachgruppen, also der gesamten Industrie und dem gesamten Gewerbe Deutschlands gemeinsam sind, sowie derjenigen Fragen, die über den Bereich einer einzelnen Fachgruppe hinausgehen.
 Der Zentralausschuss kann dem Zentralvorstand (§ 8) oder von ihm einzusetzenden Ausschüssen einen Teil seiner Aufgaben durch Beschluss übertragen.
 Der Zentralausschuss wird aus Abgeordneten gebildet, die von den Fachgruppen aus der Zahl ihrer Mitglieder zunächst für drei Jahre gewählt werden. Ferner treten dem Zentralausschuss bei je 6 Vertreter, die von den Zentralstellen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände abgeordnet werden.
 Für je 100 000 beschäftigte Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges wird in der Fachgruppe je ein (1) Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt. Angefangene weitere 100 000 werden dann, wenn die Zahl 50 000 und mehr beträgt, für voll gerechnet. Unter 50 000 werden nicht mitgezählt.
 Über die erstmalige Zusammensetzung gelten die Zahlen der in den einzelnen Industriezweigen im Jahre 1912 beschäftigten Arbeitnehmer.
 Fachgruppen, die weniger als 100 000 beschäftigte Arbeiter und Angestellte umfassen, können zwecks Wahl von Zentralausschussmitgliedern zu einem Wahlkörper vereinigt werden.
 § 8. Der Zentralvorstand besteht aus je zwölf (12) Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von dem Zentralausschuss aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit zunächst für drei Jahre gewählt werden. Wahl durch Juris ist zulässig. Je drei (3) dieser Vertreter müssen den Zentralstellen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände angehören.
 Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen.
 Der Zentralvorstand vertritt die Arbeitsgemeinschaft nach außen. Er führt die Beschlüsse des Zentralausschusses aus und ist zur Auslegung von Kollektivverträgen und zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten berufen, soweit dies in den Kollektivvereinbarungen vorgesehen ist. Er verwaltet die Mittel der Arbeitsgemeinschaft und stellt ihre Beamten an.
 Der Zentralvorstand gibt sich keine Geschäftsordnung selbst.

§ 9. Die Kosten, welche der Zentralausschuss und der Zentralvorstand verursachen, werden von den Fachgruppen alljährlich aufgebracht, und zwar umgelegt nach der Zahl ihrer Vertreter im Zentralausschuss.
 Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission urteilt über diese neue Gründung folgendermaßen: „Was dieser Arbeitsgemeinschaft ihre große Bedeutung verleiht, das ist nicht allein der gemeinnützige Zweck, der die seither widerstrebenden Kräfte der deutschen Volkswirtschaft gemeinsam in den Dienst des wirtschaftlichen Wiederaufbaus stellt, sondern auch die großzügige Organisation, die alle Berufe erfasst und restlos in das Gemeinschaftswelt einfließt, und die große wirtschaftliche Macht, die sie verkörpert. Wie ein Hosenbauwerk sieht sie da, in der Not des Vaterlandes aufgerichtet, um dem bedrohten Wirtschaftswesen neuen Halt zu geben. Die Arbeitsgemeinschaft verbüßte eine Verstandigung über alle Streitfragen, die zu erbitterten Kämpfen hätten führen können, wie sie einen Teil derselben bereits durch die vorgängigen Vereinbarungen ausgeschaltet hat. Mit leichtem Herzen können sich jetzt alle Kräfte dem wirtschaftlichen Aufbau widmen, da die Gewähr gegeben ist, daß alle Fragen in Selbstverwaltung der Vereinten sachmännlich und parteilich entschieden werden.“

Literarisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist das Dezemberheft erschienen. Es bringt Arbeiten nach Entwürfen verschiedener Architekten. Bemerkenswert ist ein Beitrag von R. Preußner über „Schinkel und die Gegenwart“. Daran reiht sich eine „Kritik der modernen Tischlerschule“ von August Flemming. Professor Söhlemann beschreibt die „Ausstellung für Kleinhäuser und Siedlungswesen in Erfurt“, während Fachschullehrer Unger über „Erosionenwert“ referiert.
 Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 Mk.
 Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. Band 8 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Preis kart. 2,50 Mk., geb. 4 Mk. 1918. Berlin SW. 68. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
 Das vorliegende Buch ist eine Sammlung der gedankenreichen Aufsätze, die der Verfasser im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht hat.
 Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution. Von Erich Kuttner. Mit zahlreichen ganzseitigen Bildern und Textbildern. Preis 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 114.
 Kosmos, Handwörterbuch für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde Jahrgang 1918. Heft 11/12. Mit Buchbeilage Band 4: Dr. Alfred Dohrnitz, Bon Reiz- und Rauschmitteln. Jährlich 12 Hefte mit 4 Buchveröffentlichungen. Preis halbjährlich 3,60 Mk.
 Julius im Reichszug. Drollige Gänge und Fahrten durch Deutschland. Erlebt, erforscht und erzählt von Theodor Thomas. Illustriert von W. R. Feinisch. Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt a. M. Preis 2,50 Mk.
 Viele drolligen Geschichten haben meist einen recht ernstlichen Hintergrund. Ein Teil von ihnen hat bereits die Hände durch eine Menge von Tageszeitungen gemacht, und die Aufnahme, die sie beim Lesepublikum gefunden haben, läßt erwarten, daß auch die vorliegende Buchausgabe ihren Weg machen wird.

gestorbene Mitglieder.

Johann Sauter, Schreiner, 49 J. gest. in Ludwigsfelde.
 August Ballrodt, Knapfmacher, 71 J. gest. in Frankenhausen.
 August Buch, Knapfmacher, 63 J. gest. in Frankenhausen.
 Edmund Schäfer, Knapfmacher, 61 J. gest. in Frankenhausen.
 Carl Viehau, Knapfmacher, 64 J. gest. in Frankenhausen.
 Alf. Frau, Schreiner, gest. in Heilbronn.
 Oskar Hennig, 33 J. gest. in Niefe.
 Otto Richter, Tischler, gest. in Treuenbrietzen.
 Friedrich Höpke, Benzinmischer, gest. in Treuenbrietzen.
 Ludwig Bähler, gest. in Worms.
 Richard Hofmann, gest. in Hoheneck.
 Carl Hofmann jun., gest. in Siebling.
 Carl Hübner, Tischler, 24 J. gest. in Siebling.
 Heinrich Klein, Schreiner, 64 J. gest. in Neudorf (Saar).
 Peter Gerb, Schreiner, 42 J. gest. in Neudorf (Saar).
 Ferdinand Becker, Tischlermischer, 42 J. gest. in Neudorf (Saar).
 Ihre Ehrenbeerdigung.

Wohntischler für bessere Möbel bei geschmackvoller Red- und Wohnung gesucht. Ad. Seidel, Dillersdorfer bei Kretzschmar.

Möbelschreiner welche geschmackvoll, solide, gegen guten Preis für alle Arten von Möbeln. Entwerfen, Anfertigen und Einbau. Ad. Seidel, Dillersdorfer bei Kretzschmar.

Selbständige
 Fertigmacher und Weiger, mehrere Stuhl- macher, ein Holzdreher, Bildhauer finden sofort dauernde Beschäftigung Möbelfabrik M. Reutlinger & Co., Karlsruhe, Reihers- straße 8.

Wichtige Polierer, der auch seinen dauernde Beschäftigung. Kurt Siebert, Möbelfabrik, Reichenberg (Ostpreußen).

Für mein Sägewerk und meine Wagonbauerei in Reichenberg (Weidenau) suche ich mehrere **Gatterschneider** für Voll- und Zerschnittarbeiten sowie mehrere **Maschinenarbeiter**.

Franz Lehmann, Färberei (Weidenburg), Waagen- und Rasiermaschinenfabrik.

Einige Holzdreher, die schon auf wichtige Maschinenarbeiten gearbeitet haben, können dauernde gute Stellung haben. Eintritt sofort! Papanz- dreherei Schwanitz, Hildfeld in Thür.

Wichtiger Stellmacher, der selbständig arbeiten kann, findet sofort dauernde Stellung in einem Groß- stellmacherbetrieb. Wwe. Hermann Pfaffmann, Stellmacher bei Reichenbach, Gabeln bei Weiskirchen (O. Pr.).

Einige Korbmacher auf Weiden- möbel sucht für dauernde Wwe. Anna Fuhrmann, Korbmacher, Tischlergasse in Polen.

Wichtige Korbmacher auf Meißler- möbel werden für dauernde Arbeit gesucht. Reinhold Hofmann, Tischlermeister und Korbmacher, Rastbach (Ostpreußen).

Einige Korbmacher auf guten Eintritt für sofort gesucht. E. Meyer, Rindwälder-Road b. Bergschütz.

Wichtige Gesellenarbeiter gesucht. Rastbach, Hildburghausen.

Geübte Korbmacher besonders für Arbeiten sofort gesucht. Kriegsbeschädigte bevorzugt. Beschäftigung und Unterkunft vorhanden. Werkstätten des Reichsverbandes Leder- und Weidenarbeiten am Harz.

Korbmacher auf Weiden, Wäsche- und Tragkörbe, gut eingearbeitet, sucht Hermann Kühn, Köpfigenbroda bei Dresden.

12 Korbmacher auf geschlagene Arbeit mit dauernder Beschäftigung. Seiner, Rehr, Regensburg (Bayern).

Erfahrener, vor dem Kriege selbständiger Korbmacher, vertritt jetzt als **Werkmeister** vertraut mit sämtlichen Arbeiten im Korbmacherhandwerk. Oswald Kausler, Korbmachermeister, A. S. Plume (Weim). Fahrstraße 34.

1 Kammschneidemaschine ganz gleich welches System wird zu kaufen gesucht. — Angebote wollen man senden an RICHARD HORN, Kammmacher, ALTBURG (S.-A.), Tünnelstraße 46.

Motorsägen sowie Selbstfahrer, Lokomotiven, Bauwagen, Motorrelied, Mobilitäten (Selbstfahrer, Einzelwägen usw. für jeden edlen Bedarf liefert schnell MARTIN HECK, Rhein.-Bergrische Motorenfabrik, Bergisch-Neudorf b. Köln a. Rhein. Vermittlung durch Adressen geben, von Bestellungen werden nach Ertrag honoriert.

Sportschlitten-Rufen!! Eiche, gebogen, prima Ware. 130 — 120 — 140 — 160 cm Schlänge. 4 — 4,50 — 5 — 5,75 Mk. für 1 Paar. Max Walther, Dresden 22, Neherstraße 32. Telephon Nr. 34827.

Mehrere Weißbottiche sofort zu verkaufen. Artur König, Berlin O. 27, Blumenstr. 6.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
 Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Besucht von vielen Kriegsinvaliden-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Köhler.

Adone Jantarion-Holzschlitten für Möbel. Maxim. Weiß, Leipzig 2.

Tischlerfachschule Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft durch die Direktion.

Jimenan in Thür. Ausbildung durch die Direktion.

Werkzeug-Neuheiten. Provisoren gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppenheferstr. 31.

VERLAGSANSTALT DES DEUTSCHEN HOLZARBEITER-VERBANDES
 Berlin SO., Am Köln, Park 2
 Wir empfehlen: KARI MARY, DAS KAPITAL. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch des Kapitalismus. Gebunden, 280 S. AD. BRAUN, DIE GEFERKE SEITEN. Die Entwicklung und ihre Kamme. 1914. Gebunden, 100 S. P. HIRSCHFELD, DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN in Deutschland. Ihre Entwicklung und Entwicklung 1898 bis 1914. Stuttgart 1917. W. AUERMANN, DIE BERUFSGEWERKSCHAFTEN. Eine kritische Untersuchung der Berufsorganisation der Arbeiter. Eine von Adolph Auermann. Leipzig 1908. 2 Bände. Gebunden, 280 S. 2 Mk.